

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Heiko Melzer (CDU)

vom 14. August 2007 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. August 2007) und **Antwort**

Reinigung von Privatstraßen (Teil 2) - Senat muss nach Kammergerichts-Urteil umdenken und einlenken

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1.: Welche Positionen vertreten die Senatsvertreter im Aufsichtsrat des landeseigenen Betriebs BSR, Frau Umweltsenatorin Lompscher und Herr Wirtschaftssenator Wolf, hinsichtlich des doppelten Heranziehens von Anliegern von Privatstraßen bei der Straßenreinigung (Reinigung der Privatstraße auf eigene Kosten und Kosten für die Reinigung der nächsten öffentlichen Straße durch angebliche Hinterliegereigenschaft)?

Zu 1.: Bis zu dem Urteil 8 U 76/03 des Berliner Kammergerichts aus dem Jahr 2003 war es allgemeine Rechtsauffassung, dass die Anlieger von Privatstraßen des öffentlichen Verkehrs keine Hinterlieger zu den öffentlichen Straßen waren und deshalb nicht zu den Straßenreinigungsentgelten herangezogen wurden, weil diese Straßen nicht als Zufahrten zu den öffentlichen Straßen galten und die Reinigung dieser Straßen durch die Anlieger selbst erfolgte. Wie bereits in der Beantwortung der Kleinen Anfrage 16/10893 durch den Senat zum Ausdruck gebracht wurde, erfolgte die Heranziehung der Anlieger von Privatstraßen des öffentlichen Verkehrs zu den Entgelten durch die Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) aufgrund der Rechtsprechung des Kammergerichts aus dem Jahr 2003. Solange sich diese Rechtsprechung nicht durch eine neuerliche rechtskräftige Entscheidung ändert, ist die derzeitige Abrechnungspraxis der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) nicht zu beanstanden.

2.: Teilt der Senat die Auffassung, dass es sich bei dieser Doppelbelastung um eine Ungerechtigkeit handelt?

Zu 2.: Der Senat ist der Ansicht, dass es sich bei der im Urteil des Kammergerichts aus dem Jahr 2003 festgestellten Verpflichtung von Anliegern von Privatstraßen des öffentlichen Verkehrs neben der Reinigung dieser Straßen auch Reinigungsentgelte aufgrund einer Hinterliegereigenschaft zu öffentlichen Straßen zahlen zu müssen, um eine Doppelbelastung handelt, die das Kammergericht in dem Urteil vom 07.06.2007 festgestellt hat.

3.: Inwieweit ist seit dem (durch Zulassung der Revision bisher noch nicht rechtskräftigem) Urteil des Kammergerichts vom 7. Juni 2007 (Geschäftsnummer 8 U 179/06) ein Umdenken im Senat erfolgt, nachdem in der Beantwortung der kleinen Anfrage Drucksache 16/10 893 noch auf die Rechtsprechung des Berliner Kammergerichts aus 2003 verwiesen wurde, das „eine Ungleichbehandlung nicht zu erkennen vermochte“?

Zu 3.: Solange die aktuelle Rechtsprechung sich nicht durch neue rechtskräftige Urteile ändert, ist diese weiterhin bindend.

4.: Warum wurde die zwischenzeitlich geänderte Auffassung des Berliner Kammergerichts in der Beantwortung der kleinen Anfrage Drucksache 16/10 893 unterschlagen, oder wird die neue Rechtsposition im Senat nicht kritisch gewürdigt?

Zu 4.: In der Beantwortung der Kleinen Anfrage 16/10893 wurde auf das neue Urteil des Kammergerichts hingewiesen.

5.: Wie wurde der Aufsichtsrat der BSR bei der Entscheidung, zum 15. Juni 2007 Revision beim Bundesgerichtshof einzulegen, beteiligt, und wie haben sich die Senatsvertreter bei dieser Entscheidung positioniert?

6.: Für den Fall, dass es keine Beteiligung gab: Warum wurde das Kontrollorgan der Anteilseigner und Arbeitnehmer nicht beteiligt, und hätten sich die Senatsvertreter für die Revision ausgesprochen?

Zu 5. und 6.: Der Aufsichtsrat wurde über die Entscheidung der BSR, Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) einzulegen, in der Sitzung des Aufsichtsrates vom 27.06.2007 informiert, eine Beteiligungspflicht besteht nicht.

7.: Welche Kosten entstehen dem landeseigenen Betrieb durch die Revision?

Zu 7.: Welche Kosten den BSR entstehen, hängt vom

Ausgang des Verfahrens ab. Sollte der BGH der Revision stattgeben, kann die BSR einen Teil der ihr entstehenden Anwalts- und Gerichtskosten von der gegnerischen Partei ersetzt verlangen. Folgt der BGH hingegen der Rechtsauffassung des Kammergerichts, steht der anderen Seite ein entsprechender Kostenerstattungsanspruch zu. Aufgrund des niedrigen Streitwerts ist aber mit relativ geringen Kosten zu rechnen.

8.: In welcher Höhe erwartet der Senat und sein landeseigener Betrieb eine Rückzahlung von zu unrecht vereinnahmter Straßenreinigungsgebühren, für den Fall, dass das Urteil des Berliner Kammergerichts vom 7. Juni 2007 nach Scheitern einer Revision rechtskräftig wird?

Zu 8.: Sollte der BGH die Urteile des Kammergerichts bestätigen, werden die bisher seit dem Jahr 2005 gezahlten Entgelte zzgl. Zinsen zurückerstattet. Betroffen ist ein Entgeltvolumen von rund 500.000 EUR pro Jahr der Veranlagung von Privatstraßen.

9.: Wann ist mit der Verhandlung vor dem Bundesgerichtshof und mit einer rechtskräftigen Entscheidung zu rechnen? Werden bis dahin weitere Straßenreinigungsgebühren von Privatstraßen-Anwohnern erhoben?

Zu 9.: Die zuständige Geschäftsstelle des BGH erteilte die Auskunft, dass bei zügigem Voranschreiten des Verfahrens sowie unter der Voraussetzung, dass der zuständige Senat des Bundesgerichtshofs die Sache als dringlich einordnet, eine Terminierung innerhalb des ersten Halbjahres 2008 möglich ist. Mit dem vollständig begründeten Urteil ist spätestens drei Monate nach dem Termin zu rechnen. Verlässliche Vorhersagen sind aber generell nicht möglich. Bis zur rechtskräftigen Entscheidung wird der reguläre Rechnungsversand für die Anlieger von Privatstraßen fortgesetzt.

10.: Ist dem Senat oder seinem landeseigenen Betrieb bekannt, an welche Anwohner welcher Privatstraßen in der Vergangenheit Rechnungen gestellt worden sind und an welche Anlieger welche Summen für welche Jahre ggf. zurückzahlen wären?

Zu 10.: Ja, dies ist den BSR aufgrund ihrer operativen Verantwortung bekannt.

11.: Wird eine Rückzahlung durch Unkenntnis ausgeschlossen, oder wie wird die mögliche Rückzahlung sichergestellt werden?

Zu 11.: Der Anspruch auf Rückerstattung wird dadurch gesichert, dass die BSR bis zum Vorliegen einer rechtskräftigen Entscheidung auf die Einrede der Verjährung für ab dem Kalenderjahr 2005 gezahlte Straßenreinigungsentgelte verzichtet. Die Anlieger von Privatstraßen des öffentlichen Verkehrs verlieren also nach Ablauf der Verjährungsfrist ihren Anspruch auf Rückerstattung bereits gezahlter Entgelte nicht. Über diese Vorgehensweise sind die betroffenen Kunden durch die BSR schriftlich informiert worden.

12.: Warum ist in Kenntnis der Rechnungen eine Aufstellung über Privatstraßen gemäß Antwort auf die kleine Anfrage Drucksache 16/10 893 („Eine Auflistung auf Privatstraßen gibt es nicht“) nicht möglich, oder ist dem Senat nicht bekannt, dass es sich um mehr als 15.000 betroffenen Berliner handelt?

Zu 12.: Eine amtliche Auflistung, wie z. B. bei den öffentlichen, in der Baulast Berlins liegenden Straßen, den Straßenreinigungsverzeichnissen, gibt es bei den Privatstraßen nicht. Die BSR hat knapp 600 Privatstraßen erfasst und rund 15.000 Grundstückseigentümer zu den Entgelten herangezogen.

13.: Für Anlieger welcher Privatstraßen ergäbe sich nach der Rechtsprechung des Kammergerichts eine veränderte Situation, die die Zahlung von Straßenreinigungsgebühren als Hinterlieger einer öffentlichen Straße nicht mehr erzwingt?

Zu 13.: Für die Anlieger von Privatstraßen des öffentlichen Verkehrs.

14.: Welche Privatstraßen existieren in Berlin (bitte auflisten nach gewidmeten und ungewidmeten Privatstraßen), und um wie viele Anlieger handelt es sich jeweils an gewidmeten und ungewidmeten Privatstraßen in Berlin?

Zu 14.: Es gibt Privatstraßen des öffentlichen Verkehrs und die sonstigen Privatstraßen. Die Privatstraßen des öffentlichen Verkehrs sind Straßen, die von den Eigentümern dem Gemeingebrauch, also dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung gestellt werden und dadurch Bestandteil des Berliner Straßennetzes sind.

Die sonstigen Privatstraßen, die auch als sogenannte „Interessentenwege“ bezeichnet werden, können z. B. innerhalb mehr oder weniger geschlossener Anlagen wie Fabrikgrundstücken, Kasernen, Krankenhausgrundstücken, Grundstücken von Wohnungsbaugesellschaften und Kleingartenanlagen liegen. In solchen Fällen sind, wie bereits immer, diese Privatstraßen Bestandteil der jeweiligen Gesamtgrundstücke und fließen somit flächenmäßig in die Entgeltberechnung für die Eigentümer der betroffenen Grundstücke ein.

Bereits in der Beantwortung der Kleinen Anfrage 16/10893 wurde darauf hingewiesen, dass es keine gewidmeten Privatstraßen gibt. Eine Straße, ein Weg oder ein Platz erhält die Eigenschaft einer öffentlichen Straße durch Widmung (§ 3 Abs.1 Berliner Straßengesetz - BerlStrG -).

Berlin, den 05. September 2007

In Vertretung

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

Senatsverwaltung für Gesundheit,
Umwelt und Verbraucherschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Septemb. 2007)